



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 15.03.2019

Rückendeckung aus Berlin für die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum: Bundestag beschließt Gesetzespaket

In ländlichen und strukturschwachen Gebieten siedeln sich immer weniger Ärzte an, vor allem der Mangel an Fachärzten macht Regionen wie der Südwestpfalz zu schaffen. Um diese Entwicklung aufzufangen, hat der Bundestag das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) beschlossen. Ärztinnen und Ärzte in unterversorgten Regionen erhalten zukünftig Zuschüsse und die Kassenärztlichen Vereinigungen werden verpflichtet, in unterversorgten Gebieten eigene Praxen oder mobile und telemedizinische Versorgungsalternativen anzubieten.

Vom Tisch ist hingegen eine Verschärfung der haftungsrechtlichen Grundlagen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die genossenschaftlich organisiert sind. Bei einer Veranstaltung am 07. März im Ratssaal der Messe in Pirmasens waren noch deutliche Befürchtungen geäußert worden, dass die MVZ gefährdet sein könnten, die eine wichtige Ergänzung für die gesundheitliche Versorgung für Pirmasens, Zweibrücken und die Südwestpfalz darstellen können. Hierzu die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner, die sich gegen eine Verschärfung stark gemacht hat: *„Nicht nur eine Verschärfung der Haftungsregelungen ist vom Tisch, auch steht Neugründungen in der Region nun nichts mehr im Wege. Dafür habe ich mich stark gemacht!“*.

Weitere Verbesserungen für Patientinnen und Patienten hat der Deutsche Bundestag ebenfalls beschlossen. Schneller zum Arzt, mehr Sprechstunden, weniger Wartezeiten für Kassenpatienten, eine Erhöhung der Zuzahlung von Zahnersatz von 50 auf 60 Prozent sowie eine vereinfachte Terminvergabe werden so gewährleistet.